



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/270 - 27. November 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	"Separater Friedensvertrag"? Prag und Warschau drängen	35
2 - 3	Eine bewegte Woche in Belgrad Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	59
4	Die Frau im Zivilschutz Beschäftigungstherapie für unruhige Nerven? Zu einer Broschüre des Bundesluftschutzverbandes	47
5 - 6	Sprachliche Schlampereien um eine unteilbare Stadt Von Ulrich Dübber	71
7	Ende der Preissteigerung? Bittere Früchte bisheriger Tatenlosigkeit	44

\* \* \*  
\* \* \*

"Separater Friedensvertrag"?

sp - Zuverlässigen Informationen zufolge, die auch dem Auswärtigen Amt in Bonn bekannt sind, mehren sich in Prag und Warschau Anzeichen dafür, daß man dort neuerdings immer stärker zum Abschluß eines separaten Friedensvertrages mit Pankow drängt. Interessanterweise finden diese Informationen auch in französischen diplomatischen Kreisen ihr Echo, was darauf schließen lassen könnte, daß die polnische und die tschechoslowakische Botschaft in Paris bei der französischen Regierung bereits vorgefühlt haben, ob sich Frankreich dem Abschluß eines separaten Friedensvertrages ernsthaft zu widersetzen gedenkt.

Es ist nicht bekannt, ob die Bundesregierung eine eigene Aktivität in dieser Frage zu entwickeln beabsichtigt. Vermutlich wird sie es nicht tun, da ja Bonn keinen diplomatischen Draht nach Prag und Warschau hat und höchstens auf Informationen aus dritter Hand angewiesen ist.

Wie es heißt, soll jedoch dieser ganze Fragenkomplex bei den Gesprächen zwischen Adenauer und de Gaulle in Paris ebenfalls eine Rolle spielen. Unmittelbarer Anlaß hierzu ist eine aus Moskau übermittelte Information, wonach Chruschtschow bei seinem bevorstehenden Besuch in Paris der französischen Regierung nahelegen beabsichtigt, den Status quo in Europa anzuerkennen.

Wenn die Entwicklung in diesem Sinne verläuft, wird das Fehlen diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn, Prag und Warschau die Bundesregierung jeder Möglichkeit berauben, irgendetwas dagegen zu unternehmen. Bonn hat bisher alles ignoriert, was auch nur annähernd zu einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und den Deutschland am nächsten liegenden Ostblockstaaten hätte führen können. Seit zwei Jahren ist ein von der Prager Regierung an Bonn gerichteter Brief, in dem die Normalisierung der Beziehungen angeregt wurde, unbeantwortet.

Wenn nicht alles täuscht, wird man sich in Bonn bald endgültig entscheiden müssen, ob die Vertretung deutscher Interessen ausschließlich der sogenannten DDR überlassen bleiben soll, und ob ein separater Friedensvertrag der Ostblockstaaten mit dem Ulbricht-Regime ohne den geringsten Widerstand der Regierung der Bundesrepublik zustande kommt.

### Eine bewegte Woche in Belgrad

Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Seit Jahren dürfte es in Jugoslawien eine ähnliche politisch bewegte Woche nicht mehr gegeben haben wie die zurückliegende. Die Ereignisse, die eine erhebliche Veränderung der bisherigen Innenpolitik vermuten lassen und auch in der Außenpolitik andeuten, überschlugen sich.

Es begann mit dem aufsehenerregenden Plenum des Zentralkomitees (ZK) des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ). Aus den Plenumsreferaten und dem Schlußwort des Parteichefs Tito, das anstelle einer Resolution angenommen worden ist, klang eine unverhüllt scharfe Kritik auf die Rechnung des BdKJ. Jetzt richtet sich eine der Hauptfragen darauf, mit welchen Mitteln man den als schädlich angesprochenen Erscheinungen zu begegnen gedenkt. Es handelt sich hierbei vorwiegend um folgende Probleme: Im Zuge der recht günstigen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes scheint es zu einer immer schwierigeren Auseinandersetzung um die Frage zu kommen, in welchem Maße die industriell stärker entwickelten nördlichen Republiken den schon in der Vergangenheit stark zurückgebliebenen südlichen Landesteilen beim Aufbau helfen sollen. Starke lokale Tendenzen, die infolge des dezentralisierten jugoslawischen Wirtschafts- und Verwaltungssystems einen breiten und echten Wirkungsbereich besitzen, bergen die Gefahr in sich, in politisch-nationale Schwierigkeiten des Vielvölkerstaates hineinzuwachsen.

Im Zusammenhang mit anderen Erscheinungen, wie ungesetzlicher Protektionismus und das Verhältnis zu Ausländern, sind Angriffe auf eine allzu "liberale Haltung" erfolgt, die die Vermutung nicht ausschließen, daß die demnächst zu erwartende Straffung der Parteidisziplin auch in den jugoslawischen Alltag einwirken werde.

Auf diesem Hintergrund "plenarer Erregung" verlor die Parlaments-sitzung an relativer Bedeutung. Dabei fehlte es auch hier nicht an ge-wichtigen Entscheidungen. Das verabschiedete "Gesetz zur Finanzierung des Wohnungsbaues", das ab Beginn des neuen Jahres der Bevölkerung et-wa 2 1/2-fach erhöhte Mieten beschoren wird, die durch Lohnerhöhungen

kompensiert werden sollen, wird zweifellos die ernsteste Probe für den bisher im Vergleich zu den angrenzenden kommunistischen Nachbarstaaten recht ansehnlichen jugoslawischen Lebensstandard sein.

Die außerdem von Außenminister Popović dem Parlament vorgelegte Bilanzierung der Beziehungen Jugoslawiens zu einer Reihe anderer Staaten hat einen Tag später in einer Rede Staatschefs Tito eine wesentliche Modifizierung erfahren. Die trotz der gesellschaftlichen Unterschiede außerordentlich herausgestellte Freundschaft zu Griechenland und der Hinweis, nach der Lösung des Zypernproblems gebe es keinen Grund mehr, nicht auch mit der Türkei ähnlich gute Beziehungen wiederherzustellen, konnten im Zusammenhang mit dem Problem eines "Balkan-gipfeltreffens" nur noch bedingt überraschen. Es ist schon verschiedentlich von politischen Beobachtern herausgestellt worden, daß Belgrad zur Frage der vom rumänischen Ministerpräsidenten Kivu Stoica vorgeschlagenen Konferenz der Regierungschefs aller Balkanstaaten in letzter Zeit den griechischen Standpunkt vertrete. Mit der Formel, daß erst Albanien seine noch andauernden anti-jugoslawischen Angriffe einstellen müsse, weil sonst jedergeäußerte Wunsch, die Beziehungen auf dem Balkan kollektiv zu verbessern, propagandistisch wirke, mag Belgrad zweifellos richtig liegen. Dies ändert trotzdem nichts an der Tatsache, daß man damit die Athener Einstellung übernommen hat, einer multilateralen Kooperation auf dem Balkan müsse eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen vorausgehen.

Wie der Krezml auf diese Haltung reagieren wird, der die Bukarester Vorschläge zweifellos nicht nur unterstützt, sondern auch inspiriert hat, und wie dies auf die von Außenminister Popović als recht gut bezeichneten Beziehungen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion abfärben wird, kann nur die Zukunft lehren.

### Die Frau im Zivilschutz

b.b. So viel Schmeichelhaftes auf einmal wird der Frau selten nachgesagt: Kühler Kopf und mutiges Herz, Tatkraft, Gewissenhaftigkeit, Besonnenheit, Umsicht, Gründlichkeit, Ordnungssinn, Idealismus, Widerstandskraft - es wird ihr plötzlich attestiert, dass sie dem Manne in nichts nachstehe, ja ihn sogar übertreffe. Die Frau, erstaunt über solche Belobigungen, wird nicht lange im Unklaren bleiben über die Ursache der Schmeicheleien: man will etwas von ihr.

Die Nummer 10/59 der Zeitschrift "ZB" ("Ziviler Bevölkerungsschutz" - herausgegeben im Auftrage des Bundesministeriums des Innern vom Bundesluftschutzverband) ist dem Thema "Die Frau im Zivilschutz" gewidmet. Anknüpfend an die übermenschlichen Leistungen, die Frauen während der Bombennächte des zweiten Weltkrieges überall vollbrachten ("Wenn Not am Mann war, da war die Frau zur Stelle") ist hier viel Positives über "Die Frau im Bundesluftschutzverband" und "im Warndienst" und über "Helferinnen im DRK" zu lesen. Das Heft bringt Berichte aus den USA, aus Kanada, England, Holland, den skandinavischen Ländern und der Schweiz über die segensreiche Tätigkeit der Frau in den zivilen Luftschutzverbänden dieser Länder. Da ist von Brandbekämpfung und Brandbomben, von Gasmasken, Erster Hilfe, Trümmern und Verschütteten, Verletztentransport, Rettungsdienst, Luftwarndienst, Massenküchen im Freien und dergleichen die Rede.

Bescheiden auf der vorletzten Seite: "Der Geigerzähler für Jedermann" inseriert eine Firma. Abgesehen von einigen verschämten und vorsichtigen Andeutungen im Luftschutztext (die zahlreichen Fotos verschweigen es ganz) ist diese Anzeige eigentlich das Einzige, was daran erinnert, dass es im Luftschutz eines künftigen Ernstfalles, "der hoffentlich nie Wirklichkeit werden möge", mit Eimerspritzen, Brandsalbe und Freiluft-Massenverpflegungen nicht getan sein wird.

Und hier liegt eine Gefahr. Nichts gegen die Vorbereitung auf einen "Ernstfall", den man für möglich hält. Dass möglichst viele Frauen eine Ausbildung in Erster Hilfe, Brandbekämpfung und Rettungsdienst erhalten, ist ganz abgesehen vom Luftschutz sehr nützlich (in Schweden lernen bereits die Kinder in der Schule die Grundbegriffe der Brandbekämpfung, und für Mädchen ist eine Ausbildung in der "Ersten Hilfe" obligatorisch). Wenn aber diese Vorbereitung nicht eine genaue Aufklärung darüber umfasst, was der moderne Ernstfall bedeuten würde, dass er anders ausgehen würde als vergangene Bombennächte, ganz anders - wenn nicht zugleich erläutert wird, welche grossangelegten staatlichen Schutz- und Abwehrmassnahmen getroffen werden sollen und wo die Grenze der Wirksamkeit jedweder Massnahmen liegt, dann mutet das ganze eher wie eine Beschäftigungstherapie für unruhige Nerven an.

Herr Sautier vom Bundesluftschutzverband richtet im Leitartikel einen Appell an die Frauen, zu erkennen, "welche Chancen im Selbstschutz liegen und wie sie diese Chance nutzen kann zum eigenen Wohl und zum Wohl der ihr Anvertrauten". Geben wir diesen Appell weiter an die Verantwortlichen in unserem Staate: Mögen wir eines Tages in der Lage sein, vor ihnen zu sagen, dass sie alles getan haben, auch zum Wohle der ihnen Anvertrauten, die Katastrophe zu verhindern.

Sprachliche Schlamereien um eine unteilbare Stadt

Von Ulrich Dübber

Wie kaum eine andere bietet die deutsche Sprache Möglichkeiten zur Wörterverbindung. Was uns an der Fähigkeit zu wohlklingenden Abkürzungen fehlt (Meister sind die Amerikaner: OMGUS, HICOG, NATO, SHAPE, UNESCO, UNICEF usw.), machen wir durch unser Wörterkombinieren wett. Klassisches Beispiel ist die "Donaudampfschiffahrtsgesellschaft".

Vor fünfzig Jahren noch war es üblich, zusammengesetzte Wörter zwischen den einzelnen Begriffen durch Bindestriche zu trennen - man schrieb "Sozial-Demokrat" -, inzwischen aber hat sich der Brauch des völligen Zusammenziehens durchgesetzt. Nicht einmal bei drei oder vier Wörtern wird getrennt. Mit schlechtem Beispiel voran geht der Gesetzgeber, der sprachliche Bandwurm wie "Strafrechtsänderungsgesetz", "Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz" oder "D-Markbilanzergänzungsgesetz" produziert hat. Ein Glücksfall schon, wenn hier und da ein "Flüchtlings-Notleistungsgesetz" oder ein "Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz" verabschiedet werden konnte.

Die Kombination und vor allem die Zusammenziehung wirken zwangsläufig begriffsbildend. Nach einer gewissen Zeit des Benutzens in der Umgangssprache treten die gekoppelten Ur-Begriffe in den Hintergrund, das neue Wort wird "erwachsen" und verleugnet seine Eltern, wie das ganz deutlich bei der "Eisenbahn" zu spüren ist. Das geschieht vor allem dort, wo das neue Wort ein stärkeres technisches, soziales oder auch politisches Eigengewicht entwickelt als seine Bestandteile.

Am Begriff "Berlin" muß dieser zu beobachtende Vorgang den Fachdenklichen in große Sorge versetzen. Die Stadt ist seit elf Jahren in "Ost-Berlin" und "West-Berlin" gespalten. Heute ist es weitgehend gebräuchlich geworden, von der "Westberliner" Wirtschaft zu schreiben, weil sich mündlich der Bindestrich nicht mitprechen läßt und er darob in Vergessenheit zu geraten droht. Mangelndes Sprachgefühl läßt ihn auch in der Schriftsprache häufig in Vergessenheit geraten.

Neuerdings greift diese sprachliche Trägheit auch bei der Schreibweise des Eigennamens "West-Berlin" um sich. Auch in Zeitungen, die die Muttersprache pflegen, kann man zuweilen von "Westberlins Regierendem Bürgermeister" oder den "Verkehrsverbindungen nach Westberlin" lesen.

Welche politischen Folgen diese Gedankenlosigkeit hat, veranschaulicht konsequent die Sprach- und Schreibweise der Sowjetregierung und der SED. Chruschtschow will West-Berlin zur "Freien Stadt" machen. Weil ihm das aber nicht gelingt, hilft er sich einstweilen mit der stereotypen Schreibweise "Westberlin". Am Mittwoch hat das "Neue Deutschland" den Text von Ulbrichts Interview mit einer amerikanischen Fernsehgesellschaft abgedruckt. Auf die Frage der Reporterin: "Sollte Berlin eine 'Freie Stadt' sein?" hat er geantwortet: "Wenn Sie von Berlin sprechen, meinen Sie offenbar Westberlin".

Wer aus der politischen Spaltung ein geographisches Definitivum machen will, muß folgerichtig die einzelnen Begriffe möglichst verschwinden lassen. "Westberlin" sucht man im Lexikon nicht mehr unter "B", sondern unter "W". Einer solchen Entwicklung steht auch die - sprachlich korrekte - Schreibweise "westdeutsch" oder "Mittelddeutschland" nicht entgegen. Bei Landschaften und Staaten will es der Brauch, von der "norddeutschen" Diefebene oder von der Arbeitslosigkeit in "Südtalieu" zu schreiben. Weil wir aber, der alten "Weltbühne" zum Trotz, bei adjektivierten Städtenamen die Großschreibung beibehalten haben, ist es ein Politikum, "westberliner" Bürger zu schreiben. Über "ostkölnen" Verkehrsverhältnisse zu berichten, sträubt sich jede Feder. Endet jedoch das Eigenschaftswort auf -isch, wie in "Bremische Bürgerschaft", liegt gleich wieder die politische Assoziation einer gewissen Selbständigkeit vor.

Im Falle Berlin ist der Gesetzgeber bisher vorbildlich gewesen, denn er hat mit vollem Recht den eingehenden Begriff "West-Berlin" so weit irgend möglich vermieden. Die Bundesgesetze enthalten am Schluß die "Berlin-Klausel", obwohl sie faktisch nur in den Westsektoren gelten. Willy Brandt ist der "Regierende Bürgermeister von Berlin", wenngleich er sein Amt in den acht sowjetisch besetzten Bezirken nicht ausüben kann. Er allein ist rechtmäßiges Stadthaupt nach der Verfassung von Berlin, die Gültigkeit in der ganzen Stadt beansprucht, auch wenn sie zeitweise von einer Besatzungsmacht suspendiert ist.

Es widerstrebt der Zunge, den einzig korrekten Begriff "Berlin (West)", den man manchmal zu Verdeutlichung braucht, zu benutzen und ihn folglich auch konsequent zu schreiben. Wo man aber nicht umhin kann, von "West-Berlinern" zu schreiben, kommt es auf den Bindestrich an, wenn man nicht ein ethnologisch noch unentdecktes Volk entstehen lassen will.

### Ende der Preissteigerung ?

sp - Bundesernährungsminister Schwarz, ein Neuling in seinem Amt, hat ein Ende der bisherigen "Preispsychose" vorausgesagt. Seiner Meinung nach wird wieder eine Verbilligung der erhöhten Preise in den Grundnahrungsmitteln eintreten. Es war höchste Zeit, dass der Bundesernährungsminister zu einer Preisentwicklung Stellung nahm, die für Millionen Haushalte den Verzicht auf Butter und Fleisch bedeutete. Die Preiswelle hat fast alle Grundnahrungsmittel erfasst, sie griff auch auf Leder, Eisenwaren, Küchengeräte und Textilien über. Im Vergleich zum Vorjahre sind die Preise in diesen Sektoren bis zu 15 Prozent gestiegen. Am schlimmsten sind die Hausfrauen mit den Kartoffeln dran. Hier werden wahre Wucherpreise verlangt, viele sahen sich nicht in der Lage, Kartoffeln in genügender Menge einzukellern. Das trifft besonders auf die Rentner und Invaliden zu, deren ohnehin bescheidener Lebensstandard durch den Preisanstieg eine empfindliche Einbusse erlitt.

Wird es diesmal - wie so oft in der Vergangenheit - auch wieder nur bei blossen Versprechungen bleiben? Man kann wirklich nicht sagen, das Bundesernährungsministerium hätte in den vergangenen Monaten, als sich die Konturen der Preiserhöhungen abzuzeichnen begannen, eine glückliche Hand gehabt. Es liess die Preisentwicklung tatenlos auf sich zukommen, billige Ausreden wie die, die Dürre des vergangenen Sommers sei an alledem schuld, mussten herhalten. Das Bundesministerium unterliess vorbeugende Massnahmen. Das hat sich bitter gerächt. Erst auf Drängen der parlamentarischen Opposition entschloss sich das Ernährungsministerium zur Aufhebung des Butterzolls und dann zu einem Zeitpunkt, als diese Massnahme nicht mehr die Wirkung haben konnte, die sie zu Beginn der Erhöhung der Butterpreise hätte haben können.

Auf das Konto der kurzfristigen Einfuhrpolitik der Bundesregierung fällt auch die Erhöhung der Fleischpreise. In der Erklärung des Bundesernährungsministers Schwarz vor der Presse fehlt jeder Hinweis darauf, mit welchen Mitteln das Ernährungsministerium eine Verbilligung des Qualitätsfleisches, das für viele Haushalte nun schon zu einem Luxusartikel geworden ist, zu erwirken gedenkt. Immerhin werden es viele Hausfrauen begrüessen, dass durch die Einfuhr grosser Mengen Gefrierfleisch auf dem Markt ein Preisdruck auf die bestehenden Fleischpreise ausgeübt werden soll.

Der Minister sprach vom Frühjahr als den Zeitpunkt, an dem sich die meisten Preiserhöhungen wieder auf das Niveau des vergangenen Jahres gesenkt haben dürften. Man wird abwarten müssen, ob diese zuversichtliche Prognose in Erfüllung geht. Die in dieser Woche erfolgte Kündigung von Tarifverträgen grosser Gewerkschaften sind ein ernstes Warnzeichen an die Regierung, auf dem Gebiete der Preise zugunsten der Verbraucher eine grössere Aktivität zu entfalten. Auch die Geduld der Verbraucher hat Grenzen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel